

1:

Bürger-Union

BU

**BÜRGER-UNION
WÄHLERVEREINIGUNG**

GÜGLINGEN - FRAUENZIMMERN - EIBENSBACH

Joachim Esenwein

Güglingen, im Januar 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Frau Wolfinger, Damen und Herren der Verwaltung

liebe Mitglieder des Gemeinderats

die erste Haushaltsrede nach den Wahlen ist eine besondere, weil sie, so meinen wir, für die Botschaften und Schwerpunkte der Fraktion an Bürgerinnen Bürger, die Verwaltung und das Gremium steht.

Die Bürger-Union hält die Zukunftswerkstatt für ein wichtiges Instrument die Bürgerschaft für Entwicklung zu aktivieren und sie für die Partizipation neu zu gewinnen. Gleichzeitig ist uns klar geworden, dass wir mit unseren Aktivitäten in der Zukunftswerkstatt nur Einzelaspekte betrachten. Für die Bürger-Union ergibt sich deshalb auch mit dem Blick auf vergangene Haushaltsreden das einst gültige Konzept ökologische Modellstadt Güglingen aufzugreifen, es zu modernisieren und daraus ein Zielkonzept zu formulieren.

Güglingen: „für ein nachhaltiges Zusammenleben und nachhaltige Entwicklung“

Wir glauben, dass mit dem Voranschreiten des demografischen Wandels ein klares Stadtprofil und Leitbild für Bürgerinnen und Bürger und für den Wirtschaftsstandort entwickelt und herausgemeißelt werden soll. An einigen Stellen haben wir in Güglingen Maßstäbe gesetzt oder begonnen sie zu setzen, dies gilt besonders im Bereich von Bildung und Betreuung. Dass aber Ausruhen gefährlich ist sehen wir am Zustand der Innenstadt. Seit 2010 liegt der Focus unserer Fraktion besonders auf diesem Thema. Ich möchte für die Bürger-Union dem Ergebnis der Gruppe Infrastruktur und Mobilität nicht vorgreifen, aber Gelegenheiten von Immobilienangeboten der Innenstadt müssen konsequent genutzt werden, wenn sie sich bieten. Das geplante neue Familienzentrum sieht die Bürger-Union ebenso wie der Bürgermeister als wesentliche Strukturverbesserung und das Römermuseum, das jetzt schon zu klein ist für die hervorragend präsentierten Ausstellungen, ist ein solcher touristischer Wert, dass es förmlich nach einer Erweiterung mit einem modernen Würfel auf dem Parkplatz westlich des Museums schreit.

Am Schafhausplatz wird sich zeigen, dass es auch gut sein kann auf den Erfolg zum richtigen Zeitpunkt zu

2:

setzen, und nicht sofort jede vermeintliche Lösung anzustreben, nur weil man damit Ergebnisse vorzuzeigen glaubt.

Diese Punkte lassen uns die Forderung nach einem Stadtprofil und einem Leitbild aufgreifen, das aus einer integrierten Stadtentwicklungsplanung entstehen kann.

Nachhaltige Entwicklung Stadtprofil und Leitbild muss „Chefsache“ sein.

Wir haben die Stadtentwicklungsplanung bereits in der Vergangenheit aufgegriffen und haben erfahren, dass das städtische Personal bei der Vielfalt der Aufgaben genau hier an seine Grenzen stößt. Die Innenstadtentwicklung haben wir seit 2010 kompromisslos als einen Baustein gesehen. Die Ausführungen meines Kollegen Friedrich Sigmund haben nochmals aufgezeigt, dass unsere Position keine rückwärtsgewandte ist, sondern Impulse zur nachhaltigen Stadtentwicklung geben sollen. Der kurzfristige Anstieg der Wohnbevölkerung sollte uns nicht blenden, die Probleme des demografischen Wandels werden sich lange und immer intensiver zeigen. **Wir benötigen gerade deshalb die Beschäftigung mit den von uns dargestellten Strategien zur Entwicklung der Binnenstrukturen und deren Integration in ein Gesamtkonzept.**

Die Gefahr besteht, dass ohne eine klare Zielsetzung langfristige Ziele nicht formuliert werden, Zielhierarchien fehlen, einheitliche Bewertungsmaßstäbe als Werkzeuge inexistent sind, und dass nachhaltige Entwicklungen gegenüber kurzfristigen Vorteilen unterliegen. Nicht nur am Beispiel von Baulanderschließungen zeigt sich, dass Kommunen des Landkreises in Sachen nachhaltiger Baulanderschließung und sich daraus ergebender Bebauung konsequenter sind.

Um eine integrierte nachhaltige Stadtentwicklung zu installieren, einen Stadtentwicklungsplan mit mittel- und langfristigen Zielen zu entwickeln, benötigt Güglingen nicht nur Moderatoren, sondern auch qualifiziertes Personal.

Die Bürger-Union kann sich vorstellen zur Entwicklung eines Stadtentwicklungsplans externe Experten auf Zeit zu verpflichten und stellt den Antrag entsprechende Mittel in Höhe von 50 000€ für einen ersten Schritt in den Haushaltsplan zu integrieren.

Es stellt sich unabhängig davon die Frage, ob wir im Stadtbauamt für die Zukunftsaufgaben personell ausreichend aufgestellt sind.

Stadtentwicklung gelingt nicht ohne Partizipation, also Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger **und** der Wirtschaft **und** der in ihr vertretenen Gruppierungen und Vereine. Dafür benötigen sie Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Wenn sie fehlen, dann wird Beteiligung mittel- und langfristig nicht gelingen. Wer einmal abgeschreckt ist, enttäuscht wurde, macht kein zweites Mal mit. Das Beklagen über fehlende Mitwirkungsbereitschaft nützt dann nichts. Bürgerbeteiligung ist kein Selbstläufer, das Pflänzchen muss v.a. auch in Güglingen gepflegt und gehegt werden. Dass wir dabei auf unterschiedliche Positionen treffen werden, sollte uns gerade bestärken an diesem Prozess zu arbeiten. Die Teilnahme der Wirtschaft am Prozess stellt für uns einen besonderen Wert dar.

Die Bürger-Union hält es für wichtig im Frühjahr in einer Bürgerversammlung die Zukunftswerkstatt und ihre Gruppen zu präsentieren. Auf der Homepage sollten die Weiterentwicklungen und Fortschritte innerhalb der Gruppen präsentiert werden. Auch die erste Seite des Mitteilungsblattes könnte für eine plakativere Werbung genutzt werden.

Antrag: Die Bürger-Union stellt den Antrag im Frühjahr eine Bürgerversammlung mit den Themen Innenstadtentwicklung und Zukunftswerkstatt zu veranstalten, und diese Veranstaltung zu einer weiteren Werbung für die Bürgerbeteiligung zu machen.

Die Bürger-Union will das Thema Wirtschaft konsequenter ins Zentrum der kommunalen Überlegungen rücken. Uns reicht es nicht mehr in jeder Haushaltsrede für die großen und kleinen Steuerzahler zu

3:

danken, übrigens auch den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer Einkommens und Lohnsteuer in diesem Haushaltsjahr mit mehr als 2,7 Mio Euro brutto zum Haushalt beitragen.

Ein zentrales Beschäftigungsfeld muss Wirtschaft sein, die Auseinandersetzung mit der Gewerbe- und Industrieentwicklung und insbesondere auch die Wirtschaftsförderung.

Dieser Gesamtkomplex muss Bestandteil jeder nachhaltigen Stadtentwicklung sein und bedarf der transparenten Einbindung in den Gesamtstadtentwicklungsprozess. Die zunehmende Globalisierung in deren permanenten Prozess sich alle Mittelständler eingebunden haben, stellt zunehmende Anforderungen an uns Kommunen. Die Bindung der Unternehmen an den Standort kann v.a., wenn spezielle Faktoren nicht zu den günstigen zählen, um es vornehm auszudrücken, ein für die Kommune existenziell wichtiger sein.

Bereits im Wahlkampf haben wir manche Entwicklungen kritisiert.

Natürlich hat sich der Gemeinderat um die Zurverfügungstellung von Flächen gekümmert, sich Wirtschaftsfördergesellschaften angeschlossen, das Thema aber nicht in dem Maße in den Focus genommen, wie dies für Kindergärten und Bildung gilt. Perspektivisch ist der Gemeinderat wenig kenntnisreich. Deshalb hält die Bürger-Union eine Schwerpunktbildung der kommunalen Arbeit unter dem Titel „**nachhaltige kommunale Wirtschaftspartnerschaft**“ mit folgenden Inhalten und einzelnen beispielhaften Unterlegungen für nötig:

- **die kontinuierliche Bestandspflege**

Welche Planungen verfolgen die örtlichen Betriebe kurz- und mittelfristig und welche Unterstützung kann ihnen dabei die Stadt geben?

- **Die Wirtschaftsförderung**

Wie könnte SocialMedia für das Thema Wirtschaftsförderung genutzt werden?

Wie werden die Netzwerke verknüpft, z.B. Homepage der Wirtschaftsfördergesellschaft? Sind wir damit zufrieden?

Können wir einen digitalen Kummerkasten anbieten?

Wie ist es um die Breitbandverkabelung bestellt und wo liegt hier der Bedarf der Nutzer?

Welche kontinuierlichen Hilfen erhalten wir von den Wirtschaftsfördergesellschaften des Landkreises oder können wir erhalten?

Müssen industrielle Entwicklungen aufgrund von begrenzten Ressourcen und Erweiterungsmöglichkeiten nicht notwendigerweise im gemeinsamen Industriegebiet erfolgen und gewerbliche Entwicklungen sich im neuen Gewerbegebiet Lüssen konzentrieren, damit dort mittelfristig gewerbliche Bedürfnisse bedient werden können?

Wie gestalten wir ein attraktiveres Standortmarketing?

Warum ist das gemeinsame Industriegebiet in den Köpfen der Mandatsträger in so geringem Maße verankert ?

- **Die Förderung von Existenzgründungen**

Könnte sich eine weitere kommunale Schwerpunktaufgabe unter der Nutzung existierender Netzwerke etablieren?

Wir sehen Handlungsbedarf und wünschen ein transparentes, ganzheitliches und nachhaltiges Management mit Schwerpunktentwicklungen bei der Diskussion und der Bedarfsbefriedigung im Gewerbegebiet Lüssen, z.B. bei der Fortentwicklung von Standortbedürfnissen der Firma Layher.

Die Verankerung der „nachhaltige kommunale Wirtschaftspartnerschaft“ sieht die Bürger-Union zentral in der Verwaltung bei Bürgermeister/Hauptamt und Citymanagement.

Für die Einbindung des Gemeinderats schlägt die Bürger-Union **einen Wirtschaftsdialog** zwischen

4:

Vertretern der Wirtschaft der Verwaltung und Vertretern des Gemeinderats vor.

Das Gesamtgremium soll zeitnah über Verlauf und Ergebnisse des Dialogs informiert werden, diskutiert dessen Ergebnisse, und er trifft, wenn notwendig, Entscheidungen.

Antrag: Einrichtung einer dauerhaften Kommunikationsplattform „Wirtschaftsdialog“ zwischen Industrie Verwaltung und Rat zur Verfolgung eines kontinuierlichen Gedanken- und Informationsaustauschs.

Verfolgen einer Wirtschaftsförderstrategie mit einer klaren personalen Zuordnung.

Die Zeit in dieser Legislaturperiode muss genutzt werden, um Weichen für die Verbesserung der Infrastruktur im Zabergäu zu stellen. Dabei geht es v.a. darum, die Schwächen zu erfassen und die Bedrohungen zu minimieren.

Hierzu zählen die Straßen, die sich in einem beklagenswerten Zustand befinden.

Das Voranbringen der Zabergäubahn/Stadtbahn und das Erkennen ihres Wertes für den Wirtschaftsstandort

Die Untersuchung der möglichen Nutzung dezentraler elektromobiler Angebote

Wir registrieren täglich den miserablen Zustand unserer Straßen. Seit Jahrzehnten wird der Zustand des Verkehrsnetzes immer unerträglicher. Wenn beispielsweise zwischen Frauenzimmern und Brackenheim an einer Stelle Löcher geflickt werden, treten sie kaum später an anderen Stellen wieder auf.

Unerklärlich sind die unterschiedlichen Qualitäten der Straßen in unterschiedlichen Landkreisen.

Sind sie mehr ein Ergebnis von Netzwerkern als das Ergebnis objektiver Notwendigkeiten?

Wir rühmen uns unserer Weltmarktführer, aber wir benötigen im Zabergäu auch eine Infrastruktur, die dazu passt. Die niedrigen Investitionen können zum Boomerang für die Erhaltung und die Attraktivität unserer Standorte werden. Wir begrüßen, dass endlich die Umgehungsstraße realisiert werden kann, weil sie uns den wichtigen Spielraum für die Entwicklung der Innenstadt gibt. **Gleichzeitig fordern wir aber auch weitere gemeinsame Initiativen der Kommunen im Zabergäu, um die desolate Straßensituation zu beheben.**

Lassen Sie uns zur Umgehung noch Folgendes sagen:

Bis 2014 mussten die Mittel des Landesinvestitionsprogramms der vergangenen Jahre in Höhe von **23,3 Millionen pro Jahr** refinanziert werden..

Im März 2012 sagte die BU:

„Wenn man die Informationen der Landesregierung richtig liest, dann wird klar, dass es vor 2015 keine Neubaumaßnahmen geben kann, es sei denn es ergeben sich neue Finanzeinnahmen.

Im Generalverkehrsplan 2010 (alte Regierung!!) gab es 750!! angemeldete Maßnahmen mit einem Mittelbedarf von 2,4 MRD €.

Wir freuen uns, dass wir bei der Priorisierung nun ganz vorn sind, möchten die Verwaltung aber bitten permanent dran zu bleiben. Wir halten es für notwendig mit dem Umbau auch der Durchgangsstraßen nicht zuzuwarten, sondern zeitnah mit der Umsetzung zu beginnen. Ich denke dass wir mit dem Bürgermeister hoffentlich nicht nur in dieser Frage übereinstimmen.

Über die Landesstraßen in unserer Region haben wir zu wenig gesprochen. Es gibt Informations- und Handlungsbedarf. Die Landesregierung hat Priorisierungen vorgenommen, den Landesetat von 80 Mio, die gerade den Erhalt des Zustandes ermöglichen auf 100 Mio € jährlich aufgestockt.

5:

Wo stehen wir mit unseren Straßen bei dieser Priorisierung? Wie können wir bei den jährlichen Aktualisierungen durch das Verkehrsministerium Berücksichtigung finden? Können wir die großen Unternehmen in die politische Diskussion integrieren?

Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts hängen von einer funktionierenden Infrastruktur ab, dies zeigt auch eine Studie des DIW

In diesem Zusammenhang halten wir es auch für wichtig erläutert zu bekommen, wie sich die Entwicklung der Kommunikationstechnologie insbesondere die Breitbandverkabelung in Güglingen darstellt.

Der Dialog mit der Wirtschaft ist nötig, um den Bedarf für heute und die mittelfristigen Anforderung kennenzulernen. Ebenso zu klären ist, welche Rolle die Stadt beim Ausbau übernehmen soll/ muss und inwiefern Investitionen sich auch im Haushalt auswirken werden.

Im Vorwahlbereich 07133 hört man von rund 35 Kilometer Glasfaserverlegung. Über 7.000 Haushalte in Lauffen, Talheim, und Schozach sollen bis Ende 2015 Vectoring-fähig werden. D.h. es wird ein maximales Tempo beim Herunterladen auf bis zu 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) erreicht und beim Heraufladen ein Tempo auf bis maximal 40 Mbit/s.

Wir werden auch nicht locker lassen was die Zabergäubahn anbetrifft, und wir bemängeln weiterhin die Art der Finanzierung, wie sie der Landkreis vorsieht. Wir alimentieren den Landkreis nicht allein, aber schon im besonderen Maße mit Güglinger Steuermillionen, aber in der Frage der Finanzierung der Bahn drohen unverhältnismäßig hohe Belastungen. Der Landkreis hat die Pflicht den SPNV und den ÖPNV aus dem eigenen Haushalt heraus zu finanzieren.

Die unmittelbar profitierenden Kommunen, also auch Güglingen, könnten hierzu mit einem leicht höheren Steuerschlüssel beitragen, nennen wir es Infrastrukturabgabe. Die Unterstützung durch die Zabergäu-Kommunen ist absolut notwendig. Wie bitten den Bürgermeister mit seinen Kollegen des Zabergäus hier aktiv zu werden und die unverständliche Finanzierung des SPNV zu thematisieren.

Nachhaltige Stadtentwicklungsplanung umfasst einen ganzheitlichen Ansatz und wird glaubwürdig, wenn das Handeln sich öffentlich nachvollziehbar an formulierten Leitlinien ausrichtet. Glaubwürdigkeit entsteht wenn sich bei Investitionen in Projekte, bei der Vergabe von Aufträgen und bei der Beschaffung von Verbrauchsmaterialien die eigenen Nachhaltigkeitsansprüche nachvollziehen lassen und konsequent angewendet werden.

Wir versuchen bei unseren Anträgen konsequent zu bleiben, deshalb greift die Bürger-Union auch nochmals die Beleuchtung der Realschule aufgreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich in einer der vergangenen Haushaltsreden den Weg in die Ausstattung der Straßenbeleuchtung mit LED forderte waren zunächst Reaktionen von abwartend bis ablehnend, man war auf dem Weg mit Energiesparleuchten unterwegs. Kein halbes Jahr später reagierte die Verwaltung dann doch sehr schnell und die Abkehr von Energiesparleuchten hin zu LED – Beleuchtung war entschieden. Dieser Weg hat sich beschleunigt.

Beim Schulhausbau wiederholt sich augenblicklich die Geschichte. Auch nach einem personellen Wechsel des Elektroingenieurbüros wurde die Hoffnung, dass sich nun eine Änderung bei der Beleuchtungsart ergeben würde, enttäuscht.

Gleichwohl sind alle Argumente gegen die LED, wie unausgereifte Technik, nicht überzeugend.

- Für die Investition in LED-Beleuchtung gibt es für Kommunen Zuschüsse.

6:

- Der Ausstatter Wesemann stattet die naturwissenschaftlichen Räume auch mit LED Beleuchtung aus.
- Es gibt Beispiele für Kommunen in Deutschland, die massiv in diese Beleuchtungstechnik investieren. Beispiel Frankfurt 2010
- Überzeugende Argumente sind: Förderung und massive Energieeinsparung in Schulen, Sporthallen, Tiefgaragen
- Ein weiteres Argument zeigt sich darin, dass die Lernleistungen von Schülerinnen und Schülern steigern lassen, weil das Spektrum der LED's die Konzentrationsdauer und -fähigkeit von Schülerinnen und Schülern merklich verbessert.
- Letztes Argument: Wenn wir in einem Jahr mit der Schule in Betrieb gehen und nach drei Jahren den Fehler korrigieren, sind die Kosten für eine Änderung ungleich höher und zeigen verspätet aber deutlich die Planungs- und Ausführungsfehler auf.

Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt die Beleuchtung in den neuen Räumen auf LED Beleuchtung auszurichten und evtl. Mehrkosten zu quantifizieren, die Förderungen hierfür zu beantragen und gegenzurechnen.

Die Mehrkosten werden im Haushalt entsprechend eingestellt.

Bildung und Erziehung in Kindergarten und Schule wird ein Dauerthema bleiben. Es geht es um die besten Köpfe für unsere Kinder und deren optimaler Ausbildung.

Die zukünftigen Arbeitnehmer können ihre Arbeitsplätze selbst auswählen, deshalb benötigen wir moderne Arbeitsplätze in den Einrichtungen. Ganz schnell kann der Vorsprung der Einrichtungen verloren gehen mit Auswirkungen auf Ausbildung und Betreuung.

Wir bitten die Verwaltung speziell für die Einrichtung der Katharina - Kepler Gemeinschaftsschule den Investitions- und Ausstattungsbedarf zu ermitteln und zu diskutieren. Beispielsweise bieten Außenanlagen für eine gebundene Ganztageschule ein trostloses Bild. Auch in der Realschule müssen wir uns Gedanken über die Klassenzimmer der Zukunft machen, die sich von den bisherigen deutlich unterscheiden werden.

Eine Qualitätsoffensive in den Kindergärten benötigt Aktivitäten in der Gebäude- und Ausstattungsinfrastruktur. Dies ist auch Folge der Ausweisung neuer Baugebiete und einer steigenden Zahl junger Familien. Das Beispiel des Ganztageskindergarten Heigelinsmühle zeigt sich dies besonders deutlich. Die Personalräume sind unterdimensioniert, die Küche entspricht sicher nicht mehr einem notwendigen Standard in einer Einrichtung, deren Außenflächen für den Ganzttag ungenügend sind. Leichter werden diese Investitionen auch dadurch, dass Betriebskosten seitens des Landes zwischenzeitlich mit durchschnittlich 68% unterstützt werden.

Antrag der Bürger-Union: Kauf des nördlich des Kindergarten gelegenen Geländes und Erweiterung der Außenanlagen. Planung eines Konzepts, das dem künftigen Bedarf des Kindergartens gerecht wird. Die Alternative wäre der Bau eines komplett neuen Kindergartens evtl. unter Aufgabe des Standortes Heigelinsmühle. Dies muss in einem Kindergartenkonzept neu diskutiert werden.

Zum Schluss möchte die Bürger-Union für die Holzhackschnitzelheizung in den Herrenäckern, die seit ihrer Installation negative Zahlen schreibt, einen Vorschlag unterbreiten.

7:

Wir bitten die Verwaltung untersuchen zu lassen, ob ein Ersatz der Holzhackschnitzelheizung durch ein Gasblockheizkraftwerk in modularer Bauweise so ersetzt werden kann, dass eine wirtschaftliche Versorgung der Baugebiete erzielt werden kann.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es für BHKW's äußerst günstige Zuschussungen gibt und das Alter der Holzhackschnitzelanlage auch bereits fortgeschritten ist.

Antrag: Die Verwaltung lässt eine wirtschaftlichere Nahwärmeversorgung der Baugebiete Herrenäcker auf modularer Basis untersuchen, und informiert über das Ergebnis und die sich hieraus ergebenden Schlussfolgerungen.